

Die Ethnisierung sozialer Probleme Hartz IV

Einer Studie des Bundesarbeitsministeriums zufolge beziehen Migranten häufiger Hartz IV als der Rest Deutschlands. Die Studie wurde bereits November 2009 veröffentlicht bekommt aber erst jetzt die ihm gebührende Aufmerksamkeit.

Der „Zeit“-Herausgeber Giovanni di Lorenzo hat diese Studie mit der aktuellen Hartz-IV-Diskussion verknüpft. Während 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland Hartz IV beziehen, beträgt diese Quote bei Migranten 8,1 Prozent, heißt es nun in den Medien.

Die Studie

Die Ursachen aber spielen in der Berichterstattung keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Dabei zeigt die Studie vielfältige Gründe auf: mangelndes Sprach- und Bildungsniveau auf der einen, mangelnde Beratungs- und Vermittlungsangebote seitens der Arbeitsvermittlungsstellen und schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt auf der anderen Seite.



Die Studie offenbart aber auch, dass die meisten Hartz IV-Empfänger mit Migrationshintergrund gerne arbeiten würden und willens sind, ihren eigenen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Kurz: Sie widerlegt viele Vorurteile, denen Hartz IV-Empfänger ausgesetzt sind.

Soziale Probleme nicht ethnisieren

Der migrations- und integrationspolitische Sprecher der Grünen, Memet Kilic, verweist auf die Studie der Universität Konstanz, wonach „selbst hochqualifizierte Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt gegenüber Biodeutschen wegen ihrer ausländischen Namen benachteiligt“ sind. Auch bestünden für viele Migranten „de facto ein befristetes Arbeitsverbot“ oder noch heute existiere „in Beschäftigungsverordnungen die Regelung, wonach Nicht-EU-Bürger eine Stelle erst dann erhalten, wenn die Stelle nicht durch Deutsche oder EU-Bürger besetzt werden kann“.

Schließlich befänden sich viele „Migranten, die seit den 1950er Jahren durch Anwerbeverträge in die Bundesrepublik Deutschland geholt worden sind jetzt im Rentenalter“ und würden, „wie viele deutsche Rentnerinnen und Rentner eine sehr bescheidene Rente“ beziehen. Wenn dieser Personenkreis auf Hartz IV angewiesen sei, liege das an der Rentenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, so Kilic. In einer solidarischen Gesellschaft solle man „soziale Probleme nicht ethnisieren, sondern die Diskriminierungen bestimmter Personengruppen bekämpfen“.

Ähnlich sieht es der integrationspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Serkan Tören. Für ihn ist mangelhafte Ausbildung und ein geringer Bildungsstand ursächlich für Hartz IV Bezug. „Diese Kausalität gilt allerdings für alle Bürgerinnen und Bürger, ob mit Migrationshintergrund oder ohne“, so Tören.

Alarmierend

Ungeachtet der vielfältigen Ursachen, die mehr in der Sphäre des Staates liegen als bei den Betroffenen, findet die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) die Quoten der Hartz IV-Bezieher mit Migrationshintergrund „alarmierend“. Der Umstand, dass die Bundesregierung die Anerkennung der ausländischen Abschlüsse und Qualifikationen – auch nach Jahren seit Bekanntwerden des Problems – immer noch nicht geregelt hat, erhielt das Prädikat „alarmierend“ jedoch nicht.

Auch wurde dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts kein „alarmierendes“ Prädikat zugesprochen, nachdem darin festgestellt wurde, dass die Hartz IV-Regelsätze für Kinder die notwendigen Aufwendungen für Schulbücher, Schulhefte, Taschenrechner etc. unberücksichtigt lassen. Angesichts der aktuellen Debatte um hohe Hartz IV-Empfängerquoten unter Migranten stellt Böhmer lediglich fest: „Wer eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben will, muss über deutsche Sprachkenntnisse und eine gute Bildung verfügen.“